

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
Kreishaus, Zi. 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen
Tel 05 51-525 2108

EDITORIAL

Auch bei der Kreistagssitzung am 27.2. wartete unsere Gruppe wieder mit zahlreichen Initiativen auf. Inzwischen werden unsere Anträge allerdings nicht mehr einfach abgelehnt, sondern sinnenstellig umgebogen und dabei ihrer Substanz beraubt. Zudem fühlt sich vor allem der Landrat herausgefordert, permanent Dinge „richtig zu stellen“, allerdings mit einem Unterton der Empörung darüber, dass von unserer Gruppe überhaupt Vorschläge gemacht und Fragen gestellt werden.

dielinke@landkreisgoettingen.de
dielinke-goettingen.de/kreistag

TOP 6 – Beitritt zum Pro-EU-Bündnis „Niedersachsen für Europa“

Im Januar 2019 haben fünf Initiatoren - die beiden großen christlichen Kirchen in Niedersachsen, die Unternehmerverbände Niedersachsen e. V. (UVN) und der DGB-Bezirk Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt sowie die Landesregierung - unter dem Motto „Niedersachsen für Europa“ ein neues Pro-EU-Bündnis aus der Taufe gehoben. Gemäß der eingebrachten Vorlage sollte nun auch der Landkreis Göttingen diesem Bündnis beitreten. Überdies wollte die CDU, dass der Landkreis auch gleich noch dem überparteilichen Pro-EU-Verein „Europa-Union“ beitreten solle.

Der Landrat sprach als Erster und las eine unkritische Lobhudelei auf die EU ab. Kritik an der EU bügelte Frau Gerl-Plein von den Grünen mit dem inzwischen üblichen „Populismus“-Vorwurf ab. Wer die EU nicht durch die rosarote Brille sieht, steht demnach wohl außerhalb des demokratischen Spektrums. Und der CDU-Redner und Europa-Union-Vorsitzende Harm Adam setzte in seiner üblichen EU-Duselei dann noch den Kapitalismus mit „Demokratie“ gleich.

Substanzielle und sachliche Kritik war in der Debatte nur von unserem Redner Eckhard Fascher zu vernehmen. Insbesondere wies er erst einmal darauf hin, dass die EU nicht mit „Europa“ gleichzusetzen sei. Auch sei sie nicht weltoffen und solidarisch, vielmehr würden ökonomisch Lämmer mit Wölfen konkurrieren und eine Angleichung der Lebensverhältnisse sei nicht gewünscht. Auch auf den Bau einer Festung Europa, die Konfliktstellung gegenüber Russland sowie die Aufrüstung und die generell neoliberale Politik wurde von keinem anderen Redner hingewiesen. Er forderte eine Neukonstituierung der EU.

Die Vorlage wurde demgemäß von der großen Mehrheit der selbsternannten „Nicht-Populisten“ und Demokraten angenommen. Unsere Gruppe hat sich enthalten.

TOP 8 – Schaffung eines Gedenkweges Helmetalbahn

Das Gedenken an die NS-Verbrechen ist für unsere Gruppe im Kreistag ein wichtiges Thema, wie Mohan Ramaswamy in seiner Rede nochmals betonte. In dem von uns eingebrachten Antrag hatten wir vorgeschlagen, den Bau eines Gedenkweges von Osterhagen bis Mackenrode/Landesgrenze Thüringen zur Geschichte der Helmetalbahn und der KZ-Außenlager bzw. SS-Baubrigaden zu prüfen. Derzeit leben noch einige ehemalige Häftlinge die zum Bau der Bahnstrecke eingesetzt waren. Deren Wunsch war die Anlegung eines Gedenkweges.

Beschlossen wurde dann aber eine Variante, die die Verwaltungsgruppe (SPD, Grüne, FWLG) ausgeheckt hatte. Diese sieht nicht vor, einen Gedenkweg zu bauen und auch nicht die Möglichkeiten dafür zu prüfen, sondern es soll vielmehr darauf gewartet werden, dass andere tätig werden. Laut Beschluss spricht sich der Kreistag nun dafür aus, „örtliche Initiativen für die Erarbeitung eines Konzeptes für eine ‚Gedenkstätte Helmetalbahn‘ mit Leader-Mitteln als Kofinanzierung zu unterstützen“.

Hans-Georg Schwedhelm wies in seine Rede zwar darauf hin, dass die genannten „örtlichen Initiativen“ gar nicht mehr existieren; genau darauf zielt aber wohl die Intention des „Änderungsantrages“ ab, mit dem über eine positive Formulierung unser Vorschlag abgelehnt wurde.

TOP 17 – Kreiswohnbau stärken

Bereits zur vorherigen Kreistagssitzung war von uns auch dieser Antrag eingebracht worden. Nachdem der Landkreis Göttingen durch die Kreisfusion nun auch über eine Wohnungsbaugesellschaft verfügt, wurde von uns angeregt, diese nachhaltig zu stärken und dabei insbesondere im Göttinger Umland aktiv zu werden und kostengünstigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Dazu hatten wir einen Prüfauftrag mit einigen Fragen eingebracht. Da die Verwaltung unsere Anregungen bereits ohne Beschluss einer wenn auch oberflächlichen Prüfung unterzogen hatte, wurde unser Antrag von Eckhard Fascher zurückgezogen.

Obleich die Anregungen das Ergebnis gemeinsamer Erörterungen zwischen Kreistagsgruppe und Geschäftsführung waren, sah sich der Landrat - wie inzwischen zur Gewohnheit geworden - herausgefordert, die Sachlage „klarzustellen“. Dabei ging es jedoch nicht um eine inhaltliche Erörterung unserer Vorschläge, sondern ausschließlich darum, das letzte Wort behalten zu wollen. Immerhin gab der Landrat zu, dass in der Vergangenheit erfolgte Privatisierungen kommunaler Wohnungen ein Fehler gewesen seien (DIE LINKE wusste das schon immer) und wies zudem darauf hin, dass von der städtischen Wohnungsbaugesellschaft in Göttingen nach wie vor zu wenige Sozialwohnungen gebaut würden (auch das wussten wir schon).

TOP 26 – 1. September 2019 - Gedenken des Beginns des II. Weltkriegs

Von unserer Gruppe wurde beantragt, nicht nur zum 80. Jahrestag des Beginn des Zweiten Weltkriegs eine Gedenkveranstaltung durchzuführen sondern dazu auch ehemalige Zwangsarbeiter/innen, Hinterbliebene und nahe Angehörige sowie Vertreter/innen der Selbstorganisationen der Zwangsarbeiter/innen aus den Heimatländern einzuladen.

Mit rechtstheoretischen Argumenten (keine Mittel im Haushalt) wurde der Vorschlag von der Verwaltungsgruppe umgebogen, um nur noch eine Tagung der Kreisheimatpflege durchzuführen. Der Hinweis von Hans-Georg Schwedhelm, dass bei keinem anderen beschlossenen Antrag gesagt wurde, man könne sich dies nicht leisten, verhalte ungehört.

TOP 30 – Einführung von Abbiegeassistenzsystemen

An den Fachausschuss überwiesen wurde ein von uns neu eingebrachter Antrag, Abbiegeassistenzsystemen für landkreiseigene Fahrzeuge einzuführen. Dabei geht es um die Ausrüstung größerer Fahrzeuge mit entsprechenden elektronischen Systemen zur Vermeidung von Unfällen mit Fußgängern oder Radfahrern.